



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 22. Sitzung des Stadtrates**

**der Stadt Landau in der Pfalz**

**am Dienstag, 27.09.2016,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:00

Ende: 21:16



**Anwesenheitsliste**

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott ab 17.16 Uhr TOP 3 ö.S.

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Michael Schreiner

SPD

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Dr. Hannes Kopf bis 20.59 Uhr TOP 20 ö.S.

Prof. Peter Leiner

Florian Maier

Michael Scheid

Heinz Schmitt

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

Aydin Tas bis TOP 20 ö.S.

Hans Peter Thiel bis 18.25 Uhr TOP 6.1 ö.S.



Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

UBFL

Bertram Marquardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

AfD

Jürgen Sauer

ALFA

Georg Schmalz

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

bis 21.06 Uhr TOP 21 ö.S.

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark

(Hauptamt)

Ralf Bernhard

(Stadtbauamt)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Michael Götz

(Gebäudemanagement)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Evi Julier

(Gleichstellungsbeauftragte)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung)

Monika Mora

(Personal- und Organisationsabteilung)

Michael Niedermeier

(Stabsstelle Bürgerbeteiligung und IT-Sicherheit)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Sandra Diehl

(Leiterin Pressestelle)

Klaus Kißel

(Ortsvorsteher Arzheim)

Rolf Kost

(Ortsvorsteher Wollmesheim)

Dorothea Müller

(Ortsvorsteherin Mörzheim)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt



CDU

Ralf Eggers

SPD

Sonja Baum-Baur

Günter Scharhag

Monika Vogler

FDP

Jochen Silbernagel



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat um Ergänzung zweier Personalvorlagen im nichtöffentlichen Teil als Tagesordnungspunkte 7 und 8.

**Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.**

Ratsmitglied Dr. Kopf war der Auffassung, dass das Thema Einheimischenmodell schon mehrfach im Stadtrat behandelt worden sei. Hierzu habe es auch schon mehrere Anträge der CDU-Fraktion gegeben. Außerdem gebe es bereits eine entsprechende Sitzungsvorlage der Verwaltung zu diesem Thema. Er sehe daher formaljuristisch keine Befassungskompetenz des Stadtrates.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Antrag aus Sicht der Verwaltung beratungsfähig und insofern zulässig sei.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## **T a g e s o r d n u n g**

### **Ö f f e n t l i c h e   S i t z u n g**

1.      Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
2.      Landauer Weg der Bürgerbeteiligung – Initiierung des Beteiligungsrates  
Vorlage: 090/001/2016
- 2.1.    Bildung des Beteiligungsrates
3.      Neuwahl der Ausschüsse  
Vorlage: 100/205/2016
4.      Einwohnerfragestunde
5.      Bericht des Vorstandes der Energie Südwest AG, Herrn Dr. Thomas Waßmuth
6.      Bericht der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Evi Julier
- 6.1.    Gleichstellungsplan der Stadtverwaltung Landau in der Pfalz  
Vorlage: 110/538/2016
7.      1. Nachtragshaushaltssatzung 2016 mit Nachtragshaushaltsplan, Fortschreibung  
Haushaltssicherungskonzept, Nachtragsstellenplan sowie Nachtragshaushaltsplan der  
Bürgerstiftung und Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäudemanagement  
Landau  
Vorlage: 240/052/2016
- 7.1.    Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr  
2016  
Vorlage: 820/196/2016
- 7.2.    Ergänzungsvorlage zur Veröffentlichung und Bürgerbeteiligung - SiVo 240/052/2016 -  
Umsetzung der Gesetzesänderung „Landesgesetz zur Verbesserung direktdemokratischer  
Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene“ zum 1. Nachtragshaushalt 2016  
Vorlage: 240/053/2016



8. Resolution "Personelle Verstärkung der Polizei"
9. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Einheimischenmodell bei der Vergabe von Bauplätzen  
Vorlage: 101/332/2016
10. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Unterstützung des Fördervereins Ruhango-Kigoma  
Vorlage: 101/333/2016
11. Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen; Rahmenbedingungen zu den  
Umbaumaßnahmen der Königstraße  
Vorlage: 101/334/2016
12. Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD, CDU und FWG; Festsetzung eines Anteils von  
gefördertem Mietwohnungsbau  
Vorlage: 101/336/2016
13. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einrichtung von öffentlichen Freifunkknoten in den acht  
Ortsteilen  
Vorlage: 101/337/2016
14. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“;  
Veräußerung des Baufeldes 7a zur Errichtung einer Kindertagesstätte  
Vorlage: 610/428/2016
15. Seismische Messungen im Stadtgebiet von Landau - Stellungnahme zum Hauptbetriebsplan  
Vorlage: 660/115/2016
16. Jahresabschluss 2015 des Gebäudemanagement Landau - Eigenbetrieb  
Vorlage: 820/197/2016
17. Ertragswertgutachten für den städtischen Wohnhausbesitz  
Vorlage: 820/198/2016
18. Jahresabschluss 2015 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des  
öffentlichen Rechts  
Vorlage: 860/310/2016
19. Bestellung Vorsitzender des Vorstandes des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau  
Vorlage: 860/315/2016
20. Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH; Jahresabschluss 2015  
Vorlage: 810/005/2016
21. Verschiedenes







## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

### **Verpflichtung von Ratsmitgliedern**

Der Vorsitzende belehrte die Ratsmitglieder Andrea Heß und Michael Schreiner über ihre Rechte und Pflichten als Ratsmitglied. Er wies besonders auf die Treuepflicht und die Schweigepflicht hin. Frau Heß ist für Frau Doris Braun in den Stadtrat nachgerückt. Herr Schreiner ist Nachrücker für Herrn Dirk Vögeli, der sein Mandat mit Schreiben vom 25. September 2016 mit sofortiger Wirkung niedergelegt hat.

Der Vorsitzende verpflichtete die Ratsmitglieder Andrea Heß und Michael Schreiner gemäß § 30 der Gemeindeordnung per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Rechte und Pflichten.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)**

### **Landauer Weg der Bürgerbeteiligung – Initiierung des Beteiligungsrates**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stabsstelle Informationstechnologie und Bürgerbeteiligung vom 22. September 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**dem Losverfahren für die Sitze der Bürgerschaft im Beteiligungsrat wie folgt zuzustimmen:**

- Vier Sitze des Beteiligungsrates werden von Bürgerinnen und Bürger besetzt. Davon jeweils zwei Frauen und zwei Männer.
- Es gibt einen Lostopf mit den Bewerbungen der Frauen und einen Lostopf mit den Bewerbungen der Männer
- Aus jedem Lostopf werden jeweils zwei Lose gezogen. Die gezogenen Personen sind damit Mitglieder des Beteiligungsrates.
- Im Nachgang dazu werden jeweils vier weibliche und männliche Vertreter aus den jeweiligen Lostöpfen gezogen.

**Der Stadtrat stimmt der Besetzung der zwei Sitze der Verwaltung wie folgt zu:**

- Den ersten Sitz nimmt der Leiter der Stabsstelle Informationstechnologie und Bürgerbeteiligung als geborenes Mitglied ein
- Den zweiten Sitz nimmt die Gleichstellungsbeauftragte als geborenes Mitglied ein

**Der Stadtrat stimmt ferner der Besetzung der zwei Sitze des Stadtrates zu, dass jeweils ein Mitglied einer Stadtratsfraktion, die nicht im Stadtvorstand vertreten ist und einer Stadtratsfraktion, die im Stadtvorstand vertreten ist entsendet wird.**

**Aufgrund der eingegangenen Vorschläge werden aus den Stadtratsfraktionen gewählt:**

- Frau Dr. Gertraud Migl, Ostring 16, 76829 Landau in der Pfalz  
Vertreterin: Frau Susanne Follenius-Büssow, An der Hammerschmiede 14, 76829 Landau in der Pfalz
- Herr Hans Peter Thiel, Bauerngasse 36, 76829 Landau in der Pfalz  
Vertreterin: Frau Sonja Baum-Baur, Bahnhofstraße 35, 76829 Landau in der Pfalz

**Der Beteiligungsrat wird auf die Dauer von 2 Jahren gewählt.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2.1. (öffentlich)

### Bildung des Beteiligungsrates

Der Vorsitzende erläuterte das Verfahren der Auslosung der Vertreterinnen und Vertreter aus der Bürgerschaft im Beteiligungsrat. Er berief die Ratsmitglieder Linda Klein und Rudi Eichhorn zu Beisitzern des „Wahlvorstandes“. Beide hätten sich vor der Sitzung zusammen mit der Verwaltung die Lose angesehen und die Ordnungsmäßigkeit bestätigt.

Der Vorsitzende eröffnete das Losverfahren.

Ausgelost und damit **Mitglieder des Beteiligungsrates** wurden:

- Frau Miriam Fuhrmann
- Frau Silvia Saling

Vertreterinnen wurden:

- Frau Christel Marz
- Frau Gislinde Pfündl
- Frau Nicole Julien
- Frau Petra van Zon

Im zweiten Durchgang wurden die männlichen **Mitglieder des Beteiligungsrates** ausgelost:

- Herr Andreas Brucksch
- Herr Dominik Doll

Vertreter wurden:

- Herr Gerhard Kühner
- Herr Mike Seeland
- Herr Peter Damm
- Herr Thomas Plonsker

Der Vorsitzende gratulierte zur Berufung in den Beteiligungsrat.



### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)**

#### **Neuwahl der Ausschüsse**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 22. September 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat wählt aufgrund dieser Sitzungsvorlage in der Anlage beigelegten gemeinsamen Wahlvorschlags aller im Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz vertretenen politischen Gruppen die Mitglieder der dort aufgeführten Ausschüsse.**

**Er wählt ferner:**

- 1. Frau Andrea Heß, Bauerngasse 8, 76829 Landau in der Pfalz  
als Mitglied in den Umlegungsausschuss**
- 2. Frau Andrea Heß, Bauerngasse 8, 76829 Landau in der Pfalz  
als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat Sparkasse**
- 3. Frau Susanne Höhlner, Bischof-Hugo-Straße 17, 76829 Landau in der Pfalz  
als Mitglied in den Vorstand des Vereins Südliche Weinstraße – Büro für  
Tourismus**
- 4. Herrn Peter Lerch, An der Hammerschmiede 7, 76829 Landau in der Pfalz  
als stellvertretendes Mitglied in den Vorstand des Vereins Südliche  
Weinstraße**
- 5. Herrn Oliver Kopf, Kapbachstraße 10, 76829 Landau in der Pfalz  
als Mitglied in den Zweckverband Wasserversorgung „Impflinger Gruppe“.**



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

### **Einwohnerfragestunde**

Frau Doris Schmitt bat um Erklärung, warum im Ratssaal nicht mehr Platz für die interessierten Bürgerinnen und Bürger sei.

Der Vorsitzende erläuterte, dass man aus Brandschutzgründen nicht mehr Leute in den Ratssaal lassen könne. Man denke über gewisse Optimierungen nach, über die man in den Haushaltsberatungen reden werde.

Herr Rüdiger Schmitt lud zu der Bürgerinformation der Bürgerinitiative „Landauer bauen Zukunft“ am 5. Oktober in Wollmesheim ein.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

### Bericht des Vorstandes der Energie Südwest AG, Herrn Dr. Thomas Waßmuth

Der Vorsitzende begrüßte Herrn Dr. Waßmuth und bat ihn um seinen Bericht.

Herr Dr. Waßmuth unterstrich zunächst, dass die Energie Südwest ihr Engagement im Bereich der erneuerbaren Energien weiter ausgebaut habe. In diesem Bereich gebe es eine überregionale Kooperation in einer gemeinsamen Gesellschaft mit der Wircon GmbH und der enovos renewables GmbH. Dieses Geschäftsfeld steige immer mehr an auf mittlerweile fast 50 Anlagen. Deshalb halte man es auch für sinnvoll, diesen Geschäftszweig in die ESW Grüne Energie GmbH auszugliedern. Das Hauptaugenmerk werde hierbei bei der Dachpacht mit Direkteinspeisung liegen. Wichtig sei es, die Bürger zu beteiligen in Form von Darlehen bis zu 25.000 Euro. Diesen Betrag werde man verzinsen bis zum Jahr 2020 mit 2,5 %. Im Ergebnis hätten 60 Kunden 800.000 Euro gezeichnet. Natürlich habe man darüber hinaus auch das Bestandsgeschäft. Hauptprojekt in 2016 sei die Netzübernahme in Mörzheim und Dammheim gewesen. Hier habe man rund 450.000 Euro investiert. Neben diesen etablierten Geschäftsfeldern gehe es darum, auch neue Geschäftsfelder zu erschließen. Dazu gehöre u.a. das Thema E-Mobilität und die Dezentralisierung der Energieerzeugung. Im Jahr 2015 habe man nach Steuern ein Ergebnis von 4.4 Millionen Euro erwirtschaften können, davon 15 % aus erneuerbaren Energien. In 2015 habe es einen deutlichen Zuwachs beim Wasserabsatz gegeben. Dies bedeute, dass man die Infrastruktur aufrechterhalten müsse. Insgesamt habe man für 2016 Investitionen von 1,4 Millionen Euro in Hochbehälter und Quellen geplant.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass die Stadt von der Energie Südwest profitiere. Dass LaOla und Freibad so gut in Schuss seien, habe unmittelbar mit der ESW zu tun. Ihn interessiere, wie hoch die Anzahl der Stromkunden bei der Energie Südwest sei.

Herr Dr. Waßmuth erklärte, dass man das Level im Prinzip halten könne, was auch mit dem Zuzug nach Landau zu tun habe. Es sei natürlich das Ziel, den Kundenstamm im Wettbewerb konstant zu halten.

Ratsmitglied Scheid wollte wissen, ob der Wasserlehrpfad im Unterhalt der Stadt oder der Energie Südwest sei. Die Beschilderung und Zuwegung lasse dort sehr zu wünschen übrig.

Herr Dr. Waßmuth entgegnete, dass er dies nicht beantworten könne. Er werde sich darum kümmern.

Ratsmitglied Lichtenthäler lobte die gute Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien. Er fände es besser, wenn im Bereich der regenerativen Stromerzeugung hier vor Ort mehr passieren würde. Eine Frage sei, wie die Energie Südwest bei den Ausschreibungen verfare, da nun auch in Landau ein anderer Anbieter zum Zuge gekommen sei.

Herr Dr. Waßmuth erklärte, dass beispielsweise Photovoltaikanlagen hier in der Region nicht so einfach seien, da man viele Weinbergs- und Ackerflächen habe. Daher blieben hier im Prinzip nur Deponien und Gewerbeflächen. In der Südpfalz sehe er derzeit keine Option für großflächige Photovoltaikanlagen. Beim Thema Wettbewerb auf dem Strommarkt habe man sich entschlossen, keinen Wettbewerb außerhalb von Landau zu machen.

Ratsmitglied Volkhardt bat um eine Einschätzung, in welchem Zeitraum mit Rendite aus den Beteiligungen an Photovoltaikanlagen zu rechnen sei.

Herr Dr. Waßmuth antwortete, dass er ca. im Jahr 2025 mit Renditen rechne.



Ratsmitglied Dr. Migl wollte wissen, ob die Energie Südwest Möglichkeiten sehe mit ihrem 10%-Anteil am Geothermiewerk auf die Stilllegung hinzuwirken. Weiter wollte sie wissen, was die Energie Südwest motiviere, sich an der geplanten Wohnungsbaugesellschaft zu beteiligen.

Herr Dr. Waßmuth unterstrich, dass die Einflussnahme der Energie Südwest auf die Geothermie sehr gering sei. Zur Frage der Beteiligung an der Wohnungsbaugesellschaft könne er sagen, dass man dies im Moment zusammen mit der Stadt prüfe. Es werde sicher keine Verwaltung der Immobilien geben, dies sei nicht das Kerngeschäft der ESW. Man würde sich wohl eher im Bereich der energetischen Seite einbringen.

Ratsmitglied Freiermuth bat um Auskunft, ob die Energie Südwest auch Kündigungen der Zinsvereinbarungen hinsichtlich der Beteiligungen der Bürger an den Photovoltaikanlagen plane.

Herr Dr. Waßmuth erklärte, dass bestehende Verträge unangetastet bleiben, es aber nach Ende der Laufzeiten Anpassungen geben werde.

Ratsmitglied Dr. Bals wollte wissen, ob die Energie Südwest die Kapazität habe, um Photovoltaikanlagen zu prüfen und zu kontrollieren.

Herr Dr. Waßmuth entgegnete, dass man dieses Thema auf Wiedervorlage habe. Die meisten Privatpersonen hätten ihre Anlage aber vom Händler.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

### Bericht der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Evi Julier

Der Vorsitzende begrüßte die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Evi Julier, und bat sie um ihren Bericht.

Frau Julier sah den Schwerpunkt ihrer Arbeit in der Gleichstellungsstelle in der kulturellen Veränderung. Seit über 25 Jahren gebe es die Gleichstellungsstelle. Daher dürfe man die Frage stellen, wie die Lebenswirklichkeit von Frauen und Mädchen heute aussehe. Fakt sei, dass es ihnen noch nie so gut gegangen sei wie heute. In Jugend und Ausbildung würden Mädchen keinen Nachteil erleiden. Trotzdem würden Frauen bei gleicher Qualifikation im Schnitt 500 Euro weniger als Männer verdienen. In der Politik sehe es nicht anders aus. Der Anteil von Frauen in der Politik liege seit Jahren kaum über 30 %.

Erschreckend sei, dass jede 3. Frau körperlicher oder sexueller Gewalt ausgesetzt sei. Noch sehr viel häufiger sei die Gewalt, die Frauen zuhause erfahren. In Landau habe es im vergangenen Jahr 188 Delikte von häuslicher Gewalt gegeben.

Dies alles zeige, dass die Wirklichkeit anders aussehe als auf dem Papier. Frauen und Männer seien strukturell nicht gleichberechtigt.

Im Bereich der Stadtverwaltung seien die mittleren und unteren Führungsebenen bereits mit Frauen besetzt. Hingegen seien von 12 Amtsleiterstellen nur eine mit einer Frau besetzt. In Teilzeit würden fast ausschließlich Frauen in unserer Verwaltung arbeiten.

Ein Problem sei die fehlende Zeit für Themen. Wichtig sei daher auch die Pflege von Netzwerken mit Kooperationspartnerinnen. Man versuche ein möglichst breites Spektrum an Frauen und Männern in den unterschiedlichsten Lebenssituationen zu erreichen. Ziel müsse es sein, eine gleichberechtigte Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinzubekommen.

Ratsmitglied Burgdörfer bedankte sich für die CDU-Stadtratsfraktion für den vorgelegten Bericht und die geleistete Arbeit. Das Arbeitsfeld der Gleichstellungsbeauftragten sei im Wandel. Die Stadtverwaltung sei bei der Chancengleichheit von Männern und Frauen auf einem guten Weg. Lobenswert sei die fachübergreifende Verankerung der Gleichstellungsbeauftragten und ihr großes Engagement.

Ratsmitglied Schwarzmüller war der Auffassung, dass gerade die Ereignisse in Köln zeigen würden, dass man auf einem langen und steinigen Weg sei, der noch nicht zu Ende ist. Die SPD-Stadtratsfraktion danke für den Bericht und die Arbeit in der Gleichstellungsstelle.

Ratsmitglied Follenius-Büssow sprach für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion den Respekt für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten aus. Inhalte würden hier mit Leben gefüllt. Das Hauptaugenmerk der Arbeit liege immer noch darin, das Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen aufzuzeigen. Die Gleichstellungsstelle setze mit ihrer Arbeit deutliche Zeichen gegen Gewalt an Frauen.

Ratsmitglied Klein unterstrich, dass mittlerweile immer mehr Frauen trotz Familie und Kind arbeiten würden. Chancengleichheit sei dabei sehr wichtig. In diesem Bereich sei die Stadt auf gutem Weg.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass der Bericht zeige, dass die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten noch lange nicht überflüssig sei. Bei der Vielfalt der Aufgaben müsste die Stelle eigentlich ausgeweitet werden. Aus eigener Erfahrung wisse sie, wie schwierig es sei Frauen für die Politik zu gewinnen.







**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6.1. (öffentlich)**

**Gleichstellungsplan der Stadtverwaltung Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Personal- und Organisationsabteilung vom 9. September 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Es sei dies der erste Gleichstellungsplan der Verwaltung, der den bisherigen Frauenförderplan ablöse. Eine prägnante Frage sei, wie es mit Frauen in Führungspositionen aussehe. Hier gebe es zweifellos Luft nach oben.

Ratsmitglied Follenius-Büssow stellte fest, dass die geringfügig Beschäftigten meist Frauen seien. Je höher aber die Führungsposition sei, desto weniger Frauen gebe es. Da bleibe die Frage, wo denn die weiblichen Azubis bleiben auf dem Weg nach oben. Auch der Anteil der Männer, die Erziehungsurlaub nehmen sei deutlich unter dem Schnitt. Was könne man tun, dies zu ändern? Ein Augenmerk sollte man auch auf die Teilzeitarbeit richten und dort nach kreativen Möglichkeiten suchen. Ein Weg könnte sein, Führungspositionen in Teilzeit auszuschreiben. Dann gebe es nicht mehr den Karriereknick. Den Grünen fehlten in diesem Gleichstellungsplan Aussagen zur konkreten Umsetzung. Insgesamt sei der Gleichstellungsplan positiv und mit vielen guten Ansätzen. Es gehe nun darum, diese positiven Ansätze zeitnah umzusetzen.

Frau Mora gab einige Erläuterungen zu den Führungspositionen. In den letzten 18 Monaten seien von 8 Führungspositionen 6 mit Frauen besetzt worden. Dies wolle man weiter fördern. Zur Umsetzung der Ziele werde verwaltungsintern eine Arbeitsgruppe gebildet, um Richtlinien zu erarbeiten.

**Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

### **1. Nachtragshaushaltssatzung 2016 mit Nachtragshaushaltsplan, Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept, Nachtragsstellenplan sowie Nachtragshaushaltsplan der Bürgerstiftung und Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 27. Juli 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er hielt zunächst seine Haushaltsrede.

Der Nachtragshaushalt diene üblicherweise dazu, Anpassungen vorzunehmen. Es gehe nicht um inhaltlich neue Akzente. In diesem Zusammenhang weise er auf die 12 Handlungsfelder hin, die er in seiner Haushaltsrede im Januar 2016 aufgezeigt habe. Dies sei zum einen die Bewältigung der Flüchtlingssituation, dann die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und die Fortentwicklung der Bauland- zu einer Wohnraumstrategie mit dem Projekt Landau baut Zukunft. Es gehe um die Entwicklung der Zukunft der Stadtdörfer mit dem Modellprojekt „Kommune der Zukunft“. Dann gehe es um den Abschluss der militärischen Konversion in Landau mit der Vermarktung des letzten Kasernenareals. Es gehe um die Fortsetzung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Innenstadtentwicklung mit dem Thema „Stadt als Marke“. Bei der Umsetzung des Kommunalen Investitionsprogrammes 3.0 habe man die Hausaufgaben gemacht, die Projekte seien alle in Vorbereitung. Auf gutem Weg seien die Fortsetzung der Schulsanierungen und der Neubau der Sporthalle West, ebenso die Fortentwicklung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur. Der Ausbau der Breitbandversorgung in den Stadtteilen und in der Innenstadt komme voran. Zur Lösung der bestehenden Raumbedarfe in den Kita's seien zwei neue Kindertagesstätten errichtet worden. Der letzte Punkt sei schließlich die Haushaltssicherung. Bei allen Punkten der 12 Handlungsfelder habe man Wort gehalten. Naturgemäß führe manches zur Herausarbeitung von unterschiedlichen Interessenslagen und Spannungsfeldern. Er sei dankbar für den offenen Meinungsaustausch, den man hier pflege.

Bei der Haushaltskonsolidierung könne er trotz guter Wirtschaftslage und strenger Haushaltsdisziplin keine Entwarnung geben. Die Situation sei weiter äußerst schwierig, bedingt durch Rahmenbedingungen die man nicht zu vertreten habe. Der Jahresfehlbetrag habe sich im Nachtrag auf 16,576 Millionen Euro erhöht. Im Wesentlichen würden hier die zusätzlichen 2 Millionen Euro für die Flüchtlingshilfe zu Buche schlagen. Dank entsprechender Steuerung sei der Fehlbetrag nicht noch höher. Grund sei die extreme Steigerung im Sozialetat von 3,6 Millionen Euro innerhalb eines Jahres. Dies zeige, dass die Flüchtlingssituation die zweite zentrale Herausforderung sei. Im Moment habe man in Landau etwa 700 Flüchtlinge in der Betreuung. Pro Kopf und Monat erhalte man hierfür vom Land 753 Euro, die Aufwendungen lägen aber bei 1.200 Euro.

Insgesamt habe man im Bereich Jugend und Soziales Aufwendungen von 67,6 Millionen Euro, wovon 39,1 Millionen Euro von der Stadt zu tragen seien. Hier werde deutlich, wo die Ursachen der Finanzprobleme der Kommunen lägen.

Eine Änderung schlage man vor bei der Anpassung der Gebühren für alle Kurzzeitparkplätze im Stadtgebiet. Die Parkzeit werde von 6 auf 5 Minuten verkürzt bei weiterhin 10 Cent Parkgebühr. Ein weiteres Sonderthema sei der Stellenplan, der um 8,66 Stellen wachse. Davon seien allein 4,5 Stellen der Flüchtlingsthematik geschuldet.

Im Fazit bleibe nur die Feststellung, dass man den Haushalt weiterhin nicht ausgleichen könne. Der Deckel von 4 Millionen Euro für die Kreditaufnahme wurde eingehalten. Der vorgesehene Betrag von 500.000 Euro für den Bau einer weiteren Flüchtlingsunterkunft sei aus dem Haushalt gestrichen. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung, die Entwicklung der Zinsen und all die Folgen daraus seien wesentliche Herausforderungen für die Zukunft. Es werde zunehmend schwieriger, einen guten Haushalt zu machen. In 2017 werde man sich mit Einzelprojekten wie dem Haus zum Maulbeerbaum, der Königstraße und der Südtangente beschäftigen müssen. Zum Thema Südtangente werde man eine Grundsatzentscheidung treffen müssen.

Ratsmitglied Lerch war der Meinung, dass für die Beurteilung des Nachtragshaushaltes eigentlich drei Zahlen ausreichen würden. Die Einnahmen entwickeln sich positiv, die Ausgaben hingegen noch negativer. Daher gebe es einen höheren Fehlbedarf. Die Handhabung der aktuellen



Flüchtlingssituation durch das Land sei symptomatisch, Städte und Kommunen würden allein gelassen. Das Geld des Bundes in Höhe von 7 Milliarden Euro an das Land zur Unterstützung der Kommunen komme hier aber nicht vollständig an. Bei diesen Rahmenbedingungen sei es eine trostlose finanzielle Gesamtsituation. Egal, was man als Kommunalpolitiker mache, es bleibe immer ein Minus. Dies deshalb, weil man eine unzureichenden Finanzausstattung habe. Zum Glück gebe es aber auch positive Beispiele, die Mut machen. Man habe beispielsweise ein breites ehrenamtliches Engagement in Landau. Dies sei unerlässlich für das Funktionieren des Gemeinwesens. Ein weiterer Pluspunkt sei die gut funktionierende und kompetente Verwaltung. Der Zuzug nach Landau beweise auch, dass Landau eine vitale dynamische Stadt sei. Daran habe der Rat durchaus einen wesentlichen Anteil. Hierauf könne man stolz sein, ausruhen dürfe man sich aber nicht. Die CDU-Stadtratsfraktion werde dem Nachtragshaushalt zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion dem Nachtragshaushalt ebenfalls zustimmen werde. Es gehe darum, den Wirtschaftsstandort Landau zu stärken und gute Lebensbedingungen zu schaffen. Es gehe immer auch darum, bei der Flächenpolitik mit Sinn und Verstand vorzugehen. Hier seien in den letzten Jahren die Weichen richtig gestellt worden. Neben den harten gehe es auch um die weichen Standortfaktoren. Hierzu gehöre die vielfältige Schullandschaft, die man zu bieten habe. Auch bei den Kindertagesstätten stehe Landau sehr gut da. Es sei kein Luxus, die Infrastruktur bei den weichen Standortfaktoren zu pflegen. Dies sei ein Standortvorteil im Wettbewerb um Arbeitnehmer. Landau stehe im Vergleich zu anderen kreisfreien Städten sehr gut da. Auch die Gesamtverschuldung sei in diesem Vergleich vergleichsweise niedrig. Grundsätzlich sollte man darüber nachdenken, im Zuge der Kommunalreform die Strukturen der Verwaltung zu ändern. Sein Dank gehe an die Verwaltung und die Werkleitungen für die hervorragende Arbeit.

Ratsmitglied Hartmann stellte die Frage in den Raum, ob Regieren nicht eine Stilfrage sei. Dies zeige sich an der radikalen Veränderung des Konzeptes zu den Parkplätzen. Das vor 9 Monaten gesagte stimme offenbar nicht mehr, sonst würde man heute nicht etwas anderes vorlegen. Ganz ähnlich sei das mit „Landau baut Zukunft“. Man habe die Inwis-Studie vorgelegt, deren Zahlen sich als falsch herausgestellt hätten. Diese Studie sei Mist und nicht das Geld wert. Deshalb sei es eine Stilfrage, weil man die Leute vor den Kopf gestoßen habe. Es sei ein falscher Stil, der hier angewendet worden sei. Nach und nach rücke die Stadtspitze von ihren Positionen ab. Hätte man sich Zeit genommen, wäre es vermutlich nicht zu diesem Vertrauensverlust gekommen. Es wäre jetzt der richtige Zeitpunkt, statt Stück für Stück zurück zu rudern, den Mut zu haben, einen Fehler einzugestehen. Eine Denkpause einzulegen, würde der Verwaltung gut zu Gesicht stehen. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion lehne den Nachtragshaushalt ab.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Fakten der Entwicklung nach wie vor eine eindeutige Sprache sprechen würden.

Ratsmitglied Freiermuth bekräftigte, dass Landau auf einem guten Weg sei. Man sollte nicht vergessen, dass vor einem Jahr Bürger hier im Ratssaal Unterschriften für die Schaffung von preiswertem Wohnraum übergeben hätten. Letztlich würden die Bürger mit den Füßen abstimmen. Die Menschen gehen nach Landau, weil Landau attraktiv sei. Landau sei attraktiv und deshalb gebe es den Zuzug. Daher müsse man in irgendeiner Weise reagieren.

Im Jugend- und Sozialbereich habe man Leistungen zu erbringen, die jeden Rahmen sprengen. Trotz Erhöhung der Realsteuerhebesätze habe man ein Minus im Ergebnishaushalt von über 16 Millionen Euro, dies sei sehr ärgerlich. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme dem Nachtragshaushalt zu.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass Jammern nicht helfe. Sie habe den Eindruck, dass Bund und Land gar nicht an einer Lösung interessiert seien. Eine gerechte Verteilung der Lasten werde immer wieder aufgeschoben. Dies führe dazu, dass man mit den vorhandenen Ressourcen sorgsam umgehen müsse. Die Inwis-Studie beispielsweise sei ihr Geld nicht wert, dies hätte man sich sparen können. Mittragen könne man die Anstrengungen zur Bewältigung der Flüchtlingsfrage mit den damit verbundenen Stellenmehrungen. Falsch finde sie in diesem Zusammenhang nach wie vor die teure



Containersiedlung. Das Thema bezahlbarer Wohnraum sei lange verschlafen worden. Immer wieder sei es verschoben worden. Man sei ja offen für Lösungsansätze, aber nicht mit diesem überstürzten Konzept Landau baut Zukunft. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion werde den Nachtragshaushalt ablehnen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 28 Ja,- 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

den Nachtragshaushalt 2016, der nach Vorlage der Verwaltung wie folgt abschließt:

<b>1. im Ergebnishaushalt</b>	
der Gesamtbetrag der Erträge auf	125.901.234 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>142.478.177 €</u>
Jahresfehlbetrag	-16.576.943 €
<b>2. im Finanzhaushalt</b>	
die ordentlichen Einzahlungen auf	119.070.190 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>128.597.262 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein-und Auszahlungen	-9.527.072 €
die außerordentlichen Einzahlungen auf	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein-und Auszahlungen	0 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	10.262.949 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>12.126.850 €</u>
Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	-1.863.901 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	12.955.788 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>1.564.815 €</u>
Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	11.390.973 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	142.288.927 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>142.288.927 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	0
<b>3. Verpflichtungsermächtigungen</b>	11.745.000 €
<b>4. Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept</b>	
<b>5. über den Nachtragsstellenplan</b>	
<b>6. die Verbindlichkeit der Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2017 – 2019</b>	
<b>7. den Nachtragshaushaltsplan der Bürgerstiftung</b>	
im Ergebnishaushalt	
der Gesamtbetrag der Erträge auf	187.943 €
der Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	<u>222.148 €</u>
Jahresfehlbetrag	-34.205 €
im Finanzhaushalt	
die ordentlichen Einzahlungen auf	179.900 €
die ordentlichen Auszahlungen auf	<u>162.830 €</u>
Saldo der ordentlichen Ein-und Auszahlungen	17.070 €



die außerordentlichen Einzahlungen auf	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen auf	<u>0 €</u>
Saldo der außerordentlichen Ein-und Auszahlungen	0 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	89.000 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	<u>0 €</u>
Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	89.000 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0 €
die Auszahlung aus Finanzierungstätigkeit auf	<u>0 €</u>
Saldo der Ein-und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0 €
der Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	269.300 €
der Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	<u>162.830 €</u>
Veränderung des Finanzmittelbestands im Haushaltsjahr	106.470 €



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7.1. (öffentlich)

## **Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebs "Gebäudemanagement Landau" für das Jahr 2016**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 18. Juli 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 7 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**a) den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Gebäudemanagement Landau“ für das Jahr 2016 mit den Betriebszweigen Gebäudebestand und Wohnhausbesitz und den nachfolgenden Zahlen:**

### **Erfolgsplan:**

<b>Erträge</b>	<b>13.510.000,00 EURO</b>
<b>Aufwendungen</b>	<b>15.031.700,00 EURO</b>
<b>Differenz</b>	<b>- 1.521.700,00 EURO</b>

### **Vermögensplan:**

<b>Einnahmen</b>	<b>10.592.100,00 EURO</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>10.592.100,00 EURO</b>

**Der Gesamtbetrag der Kredite 2016 wird festgesetzt auf 2.018.600,00 EURO.**

**Der Gesamtbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) bleibt unverändert und wird festgesetzt auf 3.000.000,00 EURO.**

**b) Der im Rahmen der Finanzplanungsjahre 2017 bis 2019 vorgesehene Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf**

<b>Wirtschaftsjahr 2017:</b>	<b>6.930.000,00 EURO</b>
<b>Wirtschaftsjahr 2018:</b>	<b>460.000,00 EURO</b>

**Für die Summe der Verpflichtungsermächtigungen müssen voraussichtlich Investitionskredite in folgender Höhe aufgenommen werden:**

<b>Wirtschaftsjahr 2017:</b>	<b>3.790.000,00 EURO</b>
------------------------------	--------------------------

**Die Maßnahmen der Finanzplanung stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im Rahmen der aufsichtsbehördlich genehmigten Gesamtkreditermächtigung für die Stadt Landau in der Pfalz.**

**c) Der Stadtrat nimmt die Stellenübersicht mit den Veränderungen zur Kenntnis.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7.2. (öffentlich)**

**Ergänzungsvorlage zur Veröffentlichung und Bürgerbeteiligung - SiVo 240/052/2016 -  
Umsetzung der Gesetzesänderung „Landesgesetz zur Verbesserung  
direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene“ zum  
1. Nachtragshaushalt 2016**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Kämmereiabteilung vom  
25. August 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Es wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 7 verwiesen.

**Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.**





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

### Resolution "Personelle Verstärkung der Polizei"

Der Vorsitzende erläuterte die von der Verwaltung vorgelegte Resolution. Als Ergebnis des Vortrags von Herrn Sommerrock und der Initiative des Ortsbeirates Mörlheim in der Ratssitzung am 12. Juli 2016 erhielt die Verwaltung den Auftrag, eine Resolution zur personellen Verstärkung der Polizei vorzulegen. Die Verwaltung habe einen Entwurf erarbeitet, den er heute dem Rat vorlege. Er habe den Punkt aufnehmen lassen, einen ehrenamtlichen Polizeidienst in Rheinland-Pfalz prüfen zu lassen. Zu diesem Punkt habe es ablehnende Hinweise gegeben. Daher habe man den Punkt wieder aus dem Resolutionsentwurf gestrichen. Er halte den ehrenamtlichen Polizeidienst für gut, könne dies aber auch im Rahmen seiner anderen Möglichkeiten thematisieren.

Ratsmitglied Lerch erinnerte daran, dass Auslöser dieser Resolution die traurigen Vorfälle in Mörlheim gewesen seien. Die Fakten, die Herr Polizeidirektor Sommerrock geliefert habe, seien eindeutig. Bei der Polizeidirektion Landau würden 40 Polizisten fehlen, es hätten sich 80.000 Überstunden angehäuft. Daher komme die Polizei gar nicht umhin, Prioritäten zu setzen. Mit dieser Resolution gehe es darum, die Landesregierung an ihre selbstgemachte Vorgabe zu erinnern. Im Interesse der Landauer Bürger sollte man dieses Signal nach Mainz senden und die Resolution verabschieden.

Ratsmitglied Prof. Leiner war der Meinung, dass sich eine solche Resolution nicht als kontroverses Kampfabstimmungsthema eigne. Dennoch habe die SPD-Stadtratsfraktion eine eher skeptische Herangehensweise. Es stelle sich die Frage, was man mit dieser Resolution erreichen wolle. Die SPD jedenfalls habe eine Aufstockung des Personals beim Ordnungsamt gefordert und werde dies wieder tun. Der Einsatz von ungelernten Hilfskräften für einen freiwilligen Polizeidienst sei für die SPD jedenfalls ein absolutes No-go. Die Statistiken würden zeigen, dass Rheinland-Pfalz Personal aufbaue, seit 1991 ein Plus von 7 %. Er habe es irritierend empfunden, wie man im Rat versucht habe, den Leiter der Landauer Polizeidirektion zur Aussage zu überreden, dass man in Landau zu wenig Personal habe. Hier sei Landespolitik im Kommunalparlament zur Schau getragen worden. Die Resolution halte man in dieser Form für überflüssig.

Der Vorsitzende stellte klar, dass die Verwaltung im Auftrag des Rates tätig geworden sei und diesen Resolutionsentwurf erarbeitet habe. Die Resolution beruhe auf offiziellen Zahlen, die der Polizeidirektor hier gezeigt habe. Er könne aus eigener Erfahrung bestätigen, dass unsere Polizei zu wenig Personal habe. Die Aufstockung des Personals bei unserem Ordnungsamt würde man gerne machen, wenn es haushaltstechnisch möglich wäre.

Ratsmitglied Hartmann unterstrich, dass die Grünen dieser Resolution eigentlich positiv gegenüber stünden. Man wolle aber nicht, dass hier Landespolitik betrieben werde. Er habe andere Zahlen als die, die in der Resolution stünden. Aufgrund der unterschiedlichen Zahlen würde er weitere Beratungen befürworten.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass die Bürger in Mörlheim sehr emotional reagiert hätten nach dem Tötungsdelikt. Mit den ursprünglich vorgeschlagenen „Hilfssheriffs“ habe die FWG auch ihre Probleme. Man vergebe sich aber nichts mit einer Resolution, denn damit setze man ein Zeichen. Die Bürger hätten den Eindruck, dass nicht genügend für die Sicherheit getan werde. Wenn man die Zeitung aufschlage habe man den Eindruck, dass Einbrüche mittlerweile Standard seien. Über Details der Resolution könne man gerne nochmal reden.

Ratsmitglied Wagner hielt die Forderung nach der Sollstärke für unterstützenswert. Er habe aber Zweifel, ob mit der Resolution das Sicherheitsgefühl der Bürger verbessert werde. Es sei aus seiner Sicht besser, die Ursachen für die Probleme dort zu lösen wo sie entstehen. Mehr Polizei löse nicht das Problem. Man würde sich eine bessere Sozialpolitik und mehr Streetworker wünschen.



Der Vorsitzende schlug vor, heute nicht abzustimmen, sondern nochmal die in der Resolution genannten Zahlen auf ihre Plausibilität zu prüfen.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)**

**Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Einheimischenmodell bei der Vergabe von Bauplätzen**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 13. Juli 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Dieser neue Antrag konkretisiere den ersten Antrag der CDU-Fraktion vom September 2015. Ziel sei es, dass dieser in die Gesamtberatungen mit einfließt.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Verwaltung hier bereits tätig gewesen und das Anliegen in die Vorlage eingearbeitet habe. Eine Abstimmung sei daher nicht mehr notwendig.

Ratsmitglied Dr. Kopf war der Meinung, dass die CDU hier scheinbar immer wieder neue Anträge bringe. Der SPD-Stadtratsfraktion sei es immer darum gegangen, dass das Ankaufsmodell umgesetzt werde. Es sei wichtig, dass die Stadt die Grundstücke zwischenenerwerbe, damit keine Grundstückspolitik für Spekulanten betrieben werde. Das Verfahren, dass die Verwaltung sich auferlege, ziehe Aufwand nach sich. Daher mache es Sinn, dieses Einheimischenmodell zunächst auf die Stadtteile anzuwenden. Der Antrag der CDU beziehe sich nun auf alle Flächen im gesamten Stadtgebiet. Dies sei der SPD-Stadtratsfraktion zu weitgehend, daher lehne man den Antrag ab.

Ratsmitglied Hartmann unterstrich, dass man mit den geplanten Kriterien des Einheimischenmodells Probleme habe, insbesondere mit der Bevorzugung von Menschen mit Trauschein. Dies passe nicht ins Bild des 21. Jahrhunderts.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass man sehr wohl die Intention der CDU verstehe. Der Antrag wäre aber nicht notwendig gewesen. So wie der Antrag formuliert sei, habe die FWG-Stadtratsfraktion Probleme damit. Auch der Begriff der Familie habe sich geändert, dem müsse man Rechnung tragen. Er verstehe die Absicht, man müsse aber über gewisse Kriterien durchaus noch reden.

Ratsmitglied Wagner sah keinen Beratungsbedarf. Man sollte die Beratungen dann machen, wenn auch die Sitzungsvorlage vorliege.

**Eine Abstimmung über den Antrag erfolgte nicht.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)**

**Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Unterstützung des Fördervereins Ruhango-Kigoma**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 17. August 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Der Förderverein Ruhango-Kigoma mache hinsichtlich der Partnerschaft die Arbeit der Stadt. Der Flohmarkt habe einen doppelten Effekt, er sei wichtig beispielsweise für Geringverdiener. Der Erlös werde zielgerichtet in die Partnerschaftshilfe eingesetzt. Er sei mit einem Verweis des Antrages in die Haushaltsberatungen einverstanden.

Der Vorsitzende schlug vor, den Antrag in die Haushaltsberatungen zu verweisen.

Ratsmitglied Marquardt gab zu bedenken, dass es viele Vereine im Stadtgebiet gebe mit der gleichen Problematik. Wenn man einem Verein dies zugestehe, dann müsste man andere gleich behandeln.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 17. August 2016, zu prüfen, ob dem Förderverein Ruhango-Kigoma eine jährliche finanzielle Zuwendung gewährt werden kann, wird in die Haushaltsberatungen 2017 verwiesen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)**

**Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen; Rahmenbedingungen zu den Umbaumaßnahmen der Königstraße**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 24. August 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lichtenthäler begründete den Antrag. Er habe positiv aufgenommen, dass die Verwaltung hier einen Wettbewerb plane. Für einen Wettbewerb müssten allerdings Eckdaten formuliert werden. So halte er beispielsweise einen gegenläufigen Radverkehr für ganz wichtig. Ihm sei es wichtig, vor dem Wettbewerb mit den Bürgern zu reden. Mit einem Verweis in den Bauausschuss sei man einverstanden.

Der Vorsitzende betonte, dass die Verwaltung diese Rahmenbedingungen für den Wettbewerb in einem Bürgerbeteiligungsverfahren herausarbeiten wolle. Daher schlage er vor, dies in den Beteiligungsrat zu geben.

Bürgermeister Dr. Ingenthron hielt die Anregungen im Antrag der Grünen für durchaus diskutabel. Der Weg aber, den die Grünen gehen wollen, sei der falsche. Wenn man schon Rahmenbedingungen setze, dann enge man das ganze ein. Man wolle aber ergebnisoffen ins Gespräch mit den Bürgern gehen. Die Planer sollten dann die Ideen in den Wettbewerb aufnehmen.

Ratsmitglied Hartmann entgegnete, dass der Rat sagen solle, was er möchte. Dies stehe nicht im Konflikt zur Bürgerbeteiligung.

Ratsmitglied Lerch hielt den Vorschlag der Verwaltung für den richtigen Weg. Man sollte nicht den Bürgern von Seiten des Rates etwas vorsetzen.

Ratsmitglied Demmerle war der Auffassung, dass man erst die Bürger befragen sollte, bevor man Geld ausbebe.

Ratsmitglied Freiermuth zeigte sich verwundert über den Antrag. Man könne nicht monatelang Bürgerbeteiligung propagieren und dann so weiter machen wie bisher.

Ratsmitglied Hartmann schlug vor, den Antrag zu vertagen.

**Eine Abstimmung über den Antrag erfolgte nicht.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)**

**Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD, CDU und FWG; Festsetzung eines Anteils von gefördertem Mietwohnungsbau**

Der Vorsitzende verwies auf den gemeinsamen Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, SPD und FWG vom 14. August 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lichtenthäler hielt den Antrag für ziemlich krude. Die Intention sei im Prinzip klar, was hier aber nicht erkennbar sei. Mit einem Verweis in den Bauausschuss sei man einverstanden. Bis zum Bauausschuss sollte aber klar werden, was man eigentlich wolle.

Ratsmitglied Freiermuth entgegnete, dass man sich lange über diesen Antrag Gedanken gemacht habe. Man greife hier ein Modell des Landes auf, was er für sinnvoll halte.

Ratsmitglied Dr. Migl schloss sich den Ausführungen von Herrn Lichtenthäler an. Der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion sei beispielsweise eine Regelung erst ab der fünften Wohneinheit zu wenig.

Bürgermeister Dr. Ingenthron sah in dem Antrag eine gute und wichtige Initiative. Man sollte dies nicht auseinandernehmen, sondern das Grundsätzliche sehen. Die Verwaltung werde praktikable Vorschläge machen, denn das ganze müsse auch umsetzbar sein.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, SPD und FWG vom 14. August 2016 zur Festsetzung eines Anteils von gefördertem Mietwohnungsbau, wird in den Bauausschuss verwiesen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)**

**Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einrichtung von öffentlichen Freifunkknoten in den acht Ortsteilen**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 13. September 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Das Anliegen sei schon öfter vorgetragen worden. Freifunkknoten wären für die Ortsteile eine gute Sache.

Der Vorsitzende betonte, dass dies ein Prüfauftrag sei. Es sei kein Problem, die Kriterien für die Einrichtung eines freien W-LAN zusammen zu stellen.

Ratsmitglied Dr. Bals fand die Initiative gut. Man sollte dies prüfen und nach Möglichkeit unproblematisch umsetzen.

Ratsmitglied Hartmann regte an, es mit der Freifunkinitiative zu machen. Dies sei eine sinnvolle Sache.

Ratsmitglied Wagner begrüßte die Initiative. Er würde sich freuen, wenn Freifunk weiter vorangetrieben würde.

Ratsmitglied Maier entgegnete, dass es nicht die Intention des Antrages sei, Private zu finden, die ihr W-LAN zur Verfügung stellen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Die Stadtverwaltung wird beauftragt darzustellen, wie die Einrichtung von öffentlichen Freifunkknoten in den acht Ortsteilen realisiert werden kann.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“;  
Veräußerung des Baufeldes 7a zur Errichtung einer Kindertagesstätte**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 15. September 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **Das Baufeld 7a mit aufstehendem denkmalgeschützten Gebäude 006 (Anlage 1) und einer Größe von ca. 2.000 qm Grundstücksfläche wird zum Kaufpreis in Höhe von 154.000 Euro (entspricht dem gutachterlich ermittelten Verkehrswert / Neuordnungswert) an die Stadt Landau vertreten durch das GML veräußert.**
2. **Die DSK/Verwaltung wird beauftragt den Kaufvertrag vorzubereiten und abzuschließen.**





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

### **Seismische Messungen im Stadtgebiet von Landau - Stellungnahme zum Hauptbetriebsplan**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 22. August 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Die Firma Wintershall mache eine groß angelegte Aufklärungs- und Informationskampagne. Dies sei sehr zu begrüßen und werde von der Bevölkerung auch angenommen.

Ratsmitglied Maier fragte nach der Beweislastumkehr, die die Firma Wintershall eingehen wolle.

Ratsmitglied Wagner hinterfragte das Prozedere mit der Bankbürgschaft, wenn doch Wintershall unbeschränkt haften müsse.

Ratsmitglied Marquardt unterstrich, dass ein gewisses Risiko für Schäden bestehe. Es dürfe nicht im Bereich von Wohngebäuden gerüttelt werden, da auch Versorgungsleitungen beschädigt werden könnten. Das Verfahren, das angewendet werde, sei seiner Meinung nach nichts anderes als Fracking. Er werde dieser Sitzungsvorlage nicht zustimmen.

Herr Bernhard entgegnete, dass die Firma Wintershall alles mit der Verwaltung abstimme. Es würden parallel Schwingungsmessungen durchgeführt an Gebäuden. So seien Schäden weitgehend auszuschließen. Dieses Verfahren sei bereits in mehreren Städten durchgeführt worden, immer ohne Schäden.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion sich bei der Abstimmung enthalten werde. Es sollten durchaus noch einige Kriterien eingebaut werden wie beispielsweise Abstand zur Wohnbebauung und keine Untersuchungen in Wasserschutzgebieten. Natürlich könne es durchaus Schäden geben. Daher wäre es besser nicht nur einseitig die Firma Wintershall informieren zu lassen.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass es jetzt keine Bohrungen geben werde, sondern dieses Rüttelverfahren. Es gebe Erfahrungen aus anderen Städten und Orten, wo dies problemlos verlaufen sei. Die Messpunkte seien bisher nur grob skizziert.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 32 Ja-, 1 Nein-Stimme und 5 Enthaltungen:

**Der Durchführung von seismischen Messungen im Stadtgebiet von Landau in der Pfalz wird unter folgenden Bedingungen zugestimmt:**

- Schäden an Gebäuden und Infrastruktureinrichtungen, die durch das Befahren der Straßen und Wege entstehen, sind auf Kosten der Wintershall Holding GmbH zu beseitigen.
- Eine Zustandsdokumentation der beanspruchten Straßen und Wege ist vor der Befahrung zu erstellen.
- Es ist eine Bankbürgschaft in Höhe von 500.000€ zur Schadensregulierung zu hinterlegen
- Alle in Anspruch genommenen Infrastruktureinrichtungen müssen in den vorherigen Zustand versetzt werden
- Nach Abschluss der Messungen ist eine gemeinsame Abnahme durchzuführen.
- Eine Gefährdung von Gebäuden und Infrastruktureinrichtungen durch das Messverfahren ist durch eine begleitende Überwachung auszuschließen.
- Die Verkehrssicherung ist rechtzeitig vor den Messungen mit der Straßenverkehrsbehörde abzustimmen.
- Erkundungsfahrten dürfen im Außenbereich nur auf vorhandenen Wegen durchgeführt werden



- **Neu angelegte Ausgleichsflächen und Habitate dürfen aus Gründen des Artenschutzes nicht befahren und betreten werden. Die Flächen sind im beigefügten Lageplan dargestellt.**

Ratsmitglied Schmalz nahm an der Abstimmung nicht teil.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)**

**Jahresabschluss 2015 des Gebäudemanagement Landau - Eigenbetrieb**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 26. Juli 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Das GML sei ein kleines, aber sehr motiviertes Team.

Ratsmitglied Höhlinger dankte für die CDU-Stadtratsfraktion dem GML für die geleistete Arbeit. Man werde der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Maier schloss sich den Ausführungen von Frau Höhlinger an.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Den Jahresabschluss des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb zum 31. Dezember 2015 mit einer Bilanzsumme von 126.921.389,21 EURO, konsolidiert aus dem Sparten-Jahresabschluss des Gebäudebestandes Landau mit einer Bilanzsumme von 117.055.968,25 EURO und des Wohnhausbesitzes mit einer Bilanzsumme von 10.183.112,85 EURO.
2. Den Jahresgewinn in Höhe von 1.029.977,86 EURO, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige
  - Gebäudebestand mit einem Jahresgewinn von 1.061.451,64 EURO
  - Wohnhausbesitz mit einem Jahresverlust von -31.473,78 EUROzusammensetzt in den einzelnen Sparten als Gewinnvortrag auf neue Rechnung bzw. Verlustvortrag mit Ausgleich über den Gewinnvortrag der Vorjahre vorzutragen und zu buchen.
3. Den in der Anlage beigefügten und aus der Jahresrechnung 2015 abgeleiteten Beteiligungsbericht des Gebäudemanagements Landau – Eigenbetrieb.
4. Die Entlastung der Werkleitung zu erteilen.



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)**

### **Ertragswertgutachten für den städtischen Wohnhausbesitz**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Gebäudemanagements vom 31. August 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Bisher habe es an Kapital gefehlt, um zur Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft tätig werden zu können. Die Konzeption sehe jetzt vor, unseren städtischen Wohnhausbesitz in eine Gesellschaft einzubringen. Der weitere Partner solle dann den Gegenwert als Kapitaleinlage in die Gesellschaft einbringen. Ziel werde es sein, den heutigen Wohnungsbestand zu verdoppeln. Nach dem jetzt vorliegenden Ertragswertgutachten hätten die 258 Wohneinheiten einen Wert von 11,6 Millionen Euro.

Ratsmitglied Dr. Bals fand das Ergebnis der Studie insgesamt sehr positiv. Wenn die möglichen Partner diesen Betrag von 11,6 Millionen Euro mit in die Gesellschaft geben, könnte man vor diesem Hintergrund mit der Wohnungsbaugesellschaft gut starten.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass sie den Wert von 11,6 Millionen Euro kritisch hinterfragt habe. Bei 258 Wohneinheiten seien dies 45.000 Euro pro Wohneinheit. Die Frage sei, ob diese Wertermittlung überhaupt brauchbar sei. Man sollte hier mehr Geld in die Hand nehmen. Ihr sei dies nicht solide genug, es sei nicht mehr als ein Anhaltspunkt.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass bewusst ein Ertragswertgutachten Ausgangspunkt für die Verhandlungen sei. Natürlich könne man die Wohnungen auch höher bewerten, dann müssten aber auch die Mieten entsprechend steigen.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass ihm eine 50 %-Beteiligung bei 258 Wohnungen zu wenig seien. Dies wäre seiner Meinung nach eine gewisse Teilprivatisierung.

Ratsmitglied Dr. Bals betonte, dass es doch Ziel sei, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Man müsse daher eine Basis schaffen, damit die potenziellen Partner bereit seien, 11 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Die spannendere Frage sei, ob die Partner bereit seien diesen Betrag zu investieren. Wenn man dies erreiche, könne man glücklich sein.

Ratsmitglied Schmitt unterstrich, dass die SPD-Stadtratsfraktion sich freue, dass Bewegung in die Sache komme. Es gehe nicht nur um bezahlbaren Wohnraum, sondern darum, das Grundbedürfnis Wohnen zu befriedigen.

**Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)**

**Jahresabschluss 2015 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 7. September 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erläuterte die Vorlage. Der Wirtschaftsprüfer habe eine tadellose Leitung des Betriebes bestätigt.

Herr Eck gab weitere Erläuterungen zum Wirtschaftsjahr 2015. Im Abwasserbereich habe man mehr Geld verdient als geplant, hingegen gebe es im Abfallbereich leider einen Verlust. Der Bereich Straßenreinigung laufe wie immer auf einem niedrigen Niveau. Nicht realisiert worden sei der Verkauf des Gebäudes des DizaP, er bleibe im Eigenbestand. Ein Risiko bleibe der Zweckverband Abfallwirtschaft. Hier wisse man nicht, wie es weiter gehe. Es gebe Rekommunalisierungstendenzen, er könne nicht sagen wie dies ausgehe. Herausforderungen für die Zukunft seien der Klimawandel mit zunehmenden Starkregenereignissen, die Klärschlammverwertung, der Bau des Wertstoffhofes und die Gewinnung von Personal, was zunehmend schwieriger werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**I. Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung und Entlastung des Vorstandes**

**1. Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Ergebnisses:**

**Der Verwaltungsrat stellt gem. § 7 Abs. 2 Ziffer f der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau den geprüften Jahresabschluss des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31.12.2015 wie folgt fest: Summe der Aktivseite und Passivseite der Bilanz mit 95.317.745,12 € und den Jahresgewinn mit 269.003,70 €, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige**

Abwasserbeseitigung mit	502.139,92 €
Abfallentsorgung mit	-29.644,79 €
Bauhof mit	-154.047,01 €
Straßenreinigung mit	23.145,75 €
Service	847,92 €
Projektentwicklung Landesgartenschau mit	-73.438,09 €

**zusammensetzt und beschließt die Verwendung der Abschlussergebnisse wie folgt:**

**Der Jahresüberschuss der Betriebszweige Abwasserbeseitigung, Service und Straßenreinigung wird der allgemeinen Rücklage zugeführt. Der Jahresfehlbetrag der Betriebszweige Abfallentsorgung und Bauhof wird mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet.**

**Der Jahresfehlbetrag des Betriebszweiges Projektentwicklung Landesgartenschau wird dem Verlustvortragskonto zugewiesen.**

**2. Entlastung des Vorstandes:**



**Der Verwaltungsrat beschließt gemäß § 7 Abs. 2 Ziffer h der Satzung die Entlastung des Vorstandes für das Wirtschaftsjahr 2015.**

- II. Der Rat der Stadt Landau stimmt dem Beschluss des Verwaltungsrates gem. § 7 Abs. 2 der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung zu.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)**

**Bestellung Vorsitzender des Vorstandes des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 7. September 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**die Wahl von Herrn Bernhard Eck zum Vorsitzenden des Vorstandes des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechtes durch den Verwaltungsrat zu bestätigen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)**

**Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH; Jahresabschluss 2015**

*Oberbürgermeister Hirsch war als Geschäftsführer der Stadtholding gemäß § 22 GemO befangen und nahm an der Beratung und Abstimmung nicht teil.*

Den Vorsitz übernahm Bürgermeister Dr. Ingenthron.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 4. August 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Gesellschafterversammlung der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH zu empfehlen,**

**1. den Jahresfehlbetrag in Höhe von -195.634,67 EUR mit dem Gewinnvortrag aus dem Geschäftsjahr 2014 in Höhe von 3.560.711,30 EUR zu verrechnen.**

**2. den Jahresabschluss 2015 der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit einer Bilanzsumme von 23.018.796,49 EUR und unter Verrechnung des Jahresfehlbetrages von -195.634,67 EUR mit einem Bilanzgewinn von 3.365.076,63 EUR festzustellen.**

*Zu Punkt 3 waren die Ratsmitglieder Ralf Eggers, Jürgen Doll, Peter Lerch, Bernhard Löffel, Dr. Hannes Kopf, Prof. Peter Leiner, Günter Scharhag, Aydin Tas, Lukas Hartmann, Andrea Heß, Hans Volkhart und Jakob Wagner gemäß § 22 GemO als Mitglieder des Aufsichtsrates befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung zu diesem Punkt nicht teil.*

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**3. den Geschäftsführern Herrn Thomas Hirsch und Herrn Martin Messemer sowie dem Aufsichtsrat der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung zu erteilen.**





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

### Verschiedenes

Der Vorsitzende berichtete zu den Erfahrungen mit der Verlängerung der Außenbewirtungszeiten. Es gebe positive Erfahrungen damit und habe reibungslos geklappt. Daher habe der Stadtvorstand beschlossen, dies auch 2017 so zu handhaben. Es bleibe aber bei der Einzelfallregelung um Gestaltungsmöglichkeiten zu haben.

Ratsmitglied Dr. Bals fragte, ob aufgrund der guten Erfahrungen auch eine Ausweitung möglich wäre.

Der Vorsitzende betonte, dass man dann dies im Stadtrat nochmal neu beraten und beschließen müsse.

Ratsmitglied Schwarzmüller sprach erneut das Thema Krankenkassenkarte für Asylbewerber an. Sie sei sehr verwundert über den neuen Brief des Oberbürgermeisters. Das Ministerium habe ihr zum wiederholten Male bestätigt, dass dies keine Analogleistung sei, sondern eine Pflicht der Kommunen bestehe, die Krankenkassenkarte einzuführen. Seit 19 Monaten kämpfe sie um diese Krankenkassenkarte.

Der Vorsitzende erläuterte nochmal die grundsätzliche Haltung der Verwaltung. Es gebe zwei unterschiedliche Rechtsauffassungen, eine konkrete Anweisung des Landes gebe es nicht.



Die Niederschrift über die 22. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 27.09.2016 umfasst 34 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 434.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch  
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter